



GASTVORTRAG  
HAUPTVERSAMMLUNG



## **Der Sozialstaat – mächtigster Konkurrent der Wirtschaft**

Vortrag von Prof. Dr. Hans-Werner Sinn  
anlässlich der Hauptversammlung der  
R+V Versicherung AG am 24. April 2006



Im FinanzVerbund der  
Volksbanken Raiffeisenbanken

## Vorwort

Mehr Eigeninitiative – weniger Staat, so lautet eine sozialpolitische Forderung vieler Wirtschaftspolitiker, der sich auch die Versicherungsbranche anschließt. Das staatliche Versicherungssystem kann trotz steigender Beitragssätze immer weniger seine Leistungsversprechen erfüllen. Zudem erzeugt es sehr hohe Lohnnebenkosten und wirkt damit bremsend auf das gesamte Wirtschaftswachstum. Für ergänzende, leistungsstarke kapitalgedeckte Altersvorsorge- und Krankenversicherungsprodukte eröffnet sich hier ein Markt mit großem Wachstumspotenzial.

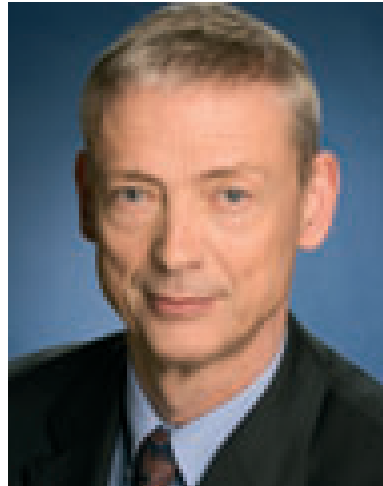
Mehr Eigeninitiative – weniger Staat, das gilt zunehmend auch für die Beschäftigungspolitik. Pessimistische Stimmen prophezeien, dass Deutschland auch in den kommenden zwanzig Jahren mit einem geringen Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit leben muss. Andere Experten halten einen dauerhaften Aufschwung durchaus für möglich und haben Reformmodelle entwickelt,

die Deutschland aus der Arbeitsmarkt-Krise führen könnten. Zu diesen Reformern zählt Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, seit 1999 Leiter des Münchner ifo Instituts und Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Universität München.

Er hat ein Modell für den Sozialstaat der Zukunft entwickelt, das genau unserem genossenschaftlichen Leitbild der „Hilfe zur Selbsthilfe“ entspricht: das Kombilohn-Modell der „Aktivierenden Sozialhilfe“. Ziel ist es, die Eigenverantwortung des Einzelnen zu stärken – gleichzeitig sorgt der Staat dafür, dass keiner seiner Bürger durch die Maschen des sozialen Netzes fällt. Die „Aktivierende Sozialhilfe“ ist ein Modell, dessen Grundgedanke, so Prof. Dr. Sinn, auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragbar ist. Alle Beteiligten – Staat, Wirtschaft und Bürger – könnten davon profitieren.

Prof. Dr. Sinn will mit diesem Ansatz deutlich machen, dass es Wege aus der augenblicklichen Misere gibt, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte – allen voran die Politik –, mutig und offen mit neuen Ideen umgehen.

Dr. Friedrich Caspers  
Vorstandsvorsitzender  
der R+V Versicherung AG



Dr. Friedrich Caspers  
Vorstandsvorsitzender der R+V Versicherung AG

## Der Referent



### **Kontakt:**

ifo Institut für Wirtschaftsforschung  
Poschingerstraße 5  
81679 München

Tel. (0 89) 92 24-0

Fax (0 89) 98 53 69

E-Mail: [ifo@ifo.de](mailto:ifo@ifo.de)

[www.ifo.de](http://www.ifo.de)

**Prof. Dr. Hans-Werner Sinn ist seit 1999 Präsident des Münchner ifo Instituts für Wirtschaftsforschung und Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Universität in München.**

Nach einem Studium der Volkswirtschaftslehre in Münster habilitierte er in Mannheim und wurde 1984 an der Universität München Professor für Finanzwissenschaften. In der bayerischen Landeshauptstadt gründete er sein eigenes Institut, das „Center for Economic Studies“ (CES). Als Präsident des ifo Instituts baute er seit 1999 erfolgreich eine Brücke zwischen CES und ifo. Sinn hat sich auch als Autor zahlreicher Bücher („Die Basar-Ökonomie“) und Aufsätze einen Namen weit über die deutschen Grenzen hinaus gemacht.

## Der Sozialstaat – mächtigster Konkurrent der Wirtschaft

„Der Sozialstaat als Konkurrent der privaten Wirtschaft“ – dieses Thema diskutiert die Öffentlichkeit unter verschiedensten Aspekten. Eine geläufige Interpretation ist zum Beispiel die direkte Konkurrenz zwischen Staat und privater Versicherungswirtschaft, etwa bei der Altersvorsorge oder im Gesundheitswesen. Andere Experten wiederum betrachten das Thema unter dem Gesichtspunkt, dass der insgesamt teurer gewordene Sozialstaat die Lohnnebenkosten hochtreibt und damit Arbeitsplätze vernichtet.

Ich möchte dieses Thema jedoch noch anders interpretieren: Der deutsche Sozialstaat ist direkter Konkurrent der Privatwirtschaft auf dem Arbeitsmarkt. Aufgebaut wie ein Wirtschaftssektor, stellt er in großem Umfang alternativ zur Privatwirt-

schaft Lohnersatzleistungen, beispielsweise Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe, zur Verfügung und erzeugt dadurch Arbeitslosigkeit.

Im Folgenden möchte ich darlegen,  
+ warum wir einen reformierten Sozialstaat brauchen,  
+ woran Deutschland zurzeit krankt und  
+ warum es in unserem Land zu einer stetigen Zuwanderung in die Arbeitslosigkeit kommt.

Der Reform-Vorschlag des ifo Instituts ist die „Aktivierende Sozialhilfe“, die nicht nur die überproportional hohe Arbeitslosigkeit in den Reihen gering Qualifizierter, sondern auch älterer Arbeitnehmer erfolgreich beseitigen kann.

Der Sozialstaat sichert bis heute unseren sozialen Frieden, er vermeidet politische Unruhen und sorgt für eine geringe Kriminalität, indem er allzu große Einkommensunterschiede verringert.



## Ohne Sozialstaat gibt es kein friedliches Zusammenleben

Der Aufbau eines Sozialstaates in Deutschland im 19. Jahrhundert ist eine der herausragenden Leistungen dieses Jahrhunderts: Der Sozialstaat sichert bis heute unseren sozialen Frieden, er vermeidet politische Unruhen und sorgt für eine geringe Kriminalität, indem er allzu große Einkommensunterschiede verringert – ein System, das den Reichen nimmt und den Armen gibt. Heute empfangen in Deutschland 41 Prozent aller Erwachsenen staatliche Transfers in Form von Renten, Pensionen, Bafög, Arbeitslosengeld I und II, Sozialhilfe oder staatlichen Unfallopferrenten. Ökonomisch knallhart könnte man sagen, dass der Sozialstaat eine Versicherung auf Gegen-

seitigkeit ist zum Schutze des Einzelnen und seiner Kinder gegen Armut. Außerdem ist der Sozialstaat ein Gesellschaftskontrakt, der eine große „Karriereversicherung“ impliziert: Dank seiner Leistungen ist es möglich, auch einmal riskantere Lebenswege zu gehen, ohne gleich mit dem sozialen Abstieg rechnen zu müssen, wenn etwas schief geht. So stärkt der Sozialstaat die Risikobereitschaft seiner Bürger.



## Sozialstaat konkurriert mit Privatwirtschaft

Doch es gibt auch negative Effekte des Sozialstaates: Der Sozialstaat ist der große Konkurrent der Privatwirtschaft auf dem Arbeitsmarkt, weil er hohe Lohnersatzleistungen zahlt – und zwar ausschließlich an jene, die nicht arbeiten. Der Lohnersatz in Form von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und Frührente schafft Anspruchslöhne, die durch eine Beschäftigung häufig nicht erreicht werden können. Der Arbeitnehmer will naturgemäß zu einem Lohn arbeiten, der größer ist als der Lohnersatz, den der Staat fürs Nichtstun zahlt. Der Arbeitgeber dagegen achtet darauf, dass er Löhne zahlt, die kleiner sind als die Produktivität des Betroffenen, damit ihm noch ein Gewinn bleibt. Sobald der Staat mehr Geld bietet als der private Unternehmer, entsteht Arbeitslosigkeit.

Der Staat hat dies erkannt und hat mit der Einführung von Hartz IV einen ersten Schritt getan, um sich aus der Konkurrenzrolle zurückzuziehen. Seit dem 1. Januar 2006 ist zudem die Bezugsdauer des Arbeitslosen-

geldes auf zwölf Monate verkürzt worden, und bereits seit vergangenem Jahr gibt es keine Arbeitslosenhilfe mehr. Dieser zweite Typ der Arbeitslosenversicherung sicherte – für andere Länder unvorstellbar – notfalls bis zur Pensionierung ein Lohnersatzeinkommen von etwa 60 Prozent des Nettolohns. Es ist die große Leistung der Regierung Schröder, dies abgeschafft zu haben. Gleichwohl gehen die begonnenen Reformen noch nicht weit genug und treffen nicht den eigentlichen Kern des deutschen Problems.

### **Die deutsche Krankheit: hohe Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten**

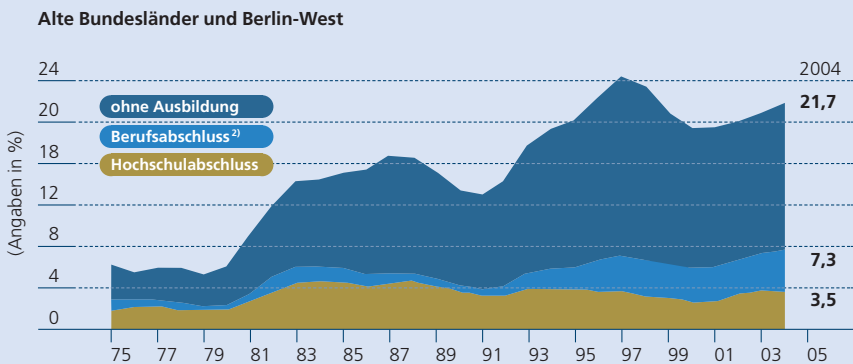
Die deutsche Krankheit wird deutlich, wenn wir einen Blick auf die Entwicklung der „qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten“ von 1975 bis 2005 werfen (siehe Grafik): Während die Arbeitslosenquote bei den Hochschulabgängern mit 3,5 Prozent in den vergangenen 30 Jahren fast konstant geblieben ist, ist sie bei Berufsschulabgängern mit 7,3 Prozent heute doppelt so

hoch wie 1975. Bei Erwachsenen ohne Ausbildung hat sich die Arbeitslosenquote mit 21,7 Prozent sogar mehr als vervierfacht. Die Zunahme der deutschen Arbeitslosigkeit in den letzten 30 Jahren ist also fast ausschließlich eine Zunahme der Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten.

Im internationalen Vergleich der 30 OECD-Länder sind wir hier Weltmeister.

Begründet wird diese Situation oft mit den Folgen des technischen Fortschritts: Maschinen verrichten nun alle einfachen Arbeiten, die zuvor Menschen ohne Ausbildung

## QUALIFIKATIONSSPEZISCHE ARBEITSLOSENQUOTE <sup>1)</sup>



1) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (ohne Auszubildende) gleicher Qualifikation, Männer und Frauen.

2) Berufsabschluss: betriebliche Ausbildung, Berufsfachschule, Fachschul-, Meister- und Techniker Ausbildung.

erledigt hatten. Aber: Wenn diese These richtig wäre, müssten auch alle anderen Länder eine hohe Arbeitslosigkeit bei den gering Qualifizierten haben. Doch das ist nicht der Fall. Wir haben es hier mit einem spezifisch deutschen Problem zu tun.

### **Sozialstaat erzeugt einen Mindestlohnanspruch**

Auf die Frage, warum in Deutschland so viele gering Qualifizierte arbeitslos sind, gibt es meines Erachtens nur eine Antwort: Ich glaube, es liegt am Sozialstaat. Er zahlt sehr



viel großzügigere Lohnersatzleistungen als andere Länder. Dadurch erzeugt er einen Mindestlohnanspruch, auf dem die gesamte Lohnskala basiert: Der niedrigste Lohn muss über der Sozialhilfe liegen, sonst nimmt ihn keiner an. In der nächsten Qualifikationsstufe muss der Lohn wiederum deutlich höher liegen, sonst wäre der Arbeitnehmer nicht bereit, sich zu qualifizieren. Die natürliche Lohnspreizung über die Qualifikationen hinweg wird dadurch wie eine Ziehharmonika künstlich nach oben gedrückt. Dies erzeugt insbesondere bei den niedrigen Lohngruppen Arbeitslosigkeit, weil kein Arbeitgeber bereit ist, diese hohen Löhne – die auch nicht der Produktivität der gering Qualifizierten entsprechen – zu zahlen. Bis in den mittleren Lohnbereich hinein werden über diese Substitutionskette die Löhne künstlich nach oben gedrückt. Ihr Niveau liegt dadurch weit über dem der Privatwirtschaft und entspricht nicht ihrer Produktivität.

Bis in den mittleren Einkommensbereich hinein ist das Lohnniveau zu hoch. Es entspricht nicht der Produktivität der Mitarbeiter.



## Zuwanderung erhöht die Arbeitslosigkeit

Im Vergleich zu den USA und Großbritannien, wo der Sozialstaat eine geringere Rolle spielt, hat hierzulande von 1980 bis 2000 praktisch keine Lohnspreizung stattgefunden. So hat der Internationale Währungsfonds im vergangenen Jahr eine Studie mit dem Titel „Die überraschend geringe Spreizung der deutschen Löhne“ veröffentlicht und die Frage gestellt, wie lange das Land diese Politik gegen die Kräfte der Globalisierung durchhalten könne.

Denn eine weitere Folge der geringen Lohnspreizung ist eine hohe Zuwanderung aus dem Ausland in den deutschen Sozialstaat: Die künstlich erhöhten Löhne für einfache Arbeit locken gering Qualifizierte aus anderen Ländern an, nach Deutschland einzuwandern. Für eine Wirtschaft, die effizient nach den Regeln des Marktes funktioniert, kein Problem: Aufgrund des steigenden Ar-

beitskräfte-Angebots sinkt in den entsprechenden Segmenten der Preis für Arbeit. Als Folge wird zum einen die Migration gebremst, zum anderen entstehen neue Arbeitsplätze, weil bei sinkenden Löhnen mehr Jobs rentabel bewirtschaftet werden können. Nicht so in Deutschland: Der Sozialstaat mit seinem Lohnersatz verhindert das Absinken der Löhne in den Segmenten mit Zuwanderung. Die Zahl der Arbeitsplätze bleibt konstant, statt zu wachsen. Es findet folglich eine Zuwanderung in die Arbeitslosigkeit statt. Allerdings nicht auf direktem Wege, sondern über einen Umweg: Da die Zuwanderer keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, sind sie bereit, auch zu geringeren Löhnen zu arbeiten. Und dadurch drängen sie die Einheimischen in den Sessel, den der Sozialstaat für sie bereitstellt.

Dies ist weder eine Kritik an den Zuwandern noch an den Einheimischen, sondern an einem System, das solche Anreizstrukturen schafft. Es geht mir nicht darum, einen simplen Boulevard-Zeitungsjargon zu vertreten, nach dem Motto „die Zuwanderer nehmen uns die Jobs weg“. Sondern es geht um ökonomische Mechanismen in Deutschland, die hinterfragt werden müssen.

#### **40 Milliarden Euro Lohnersatzleistungen für neue Bundesländer**

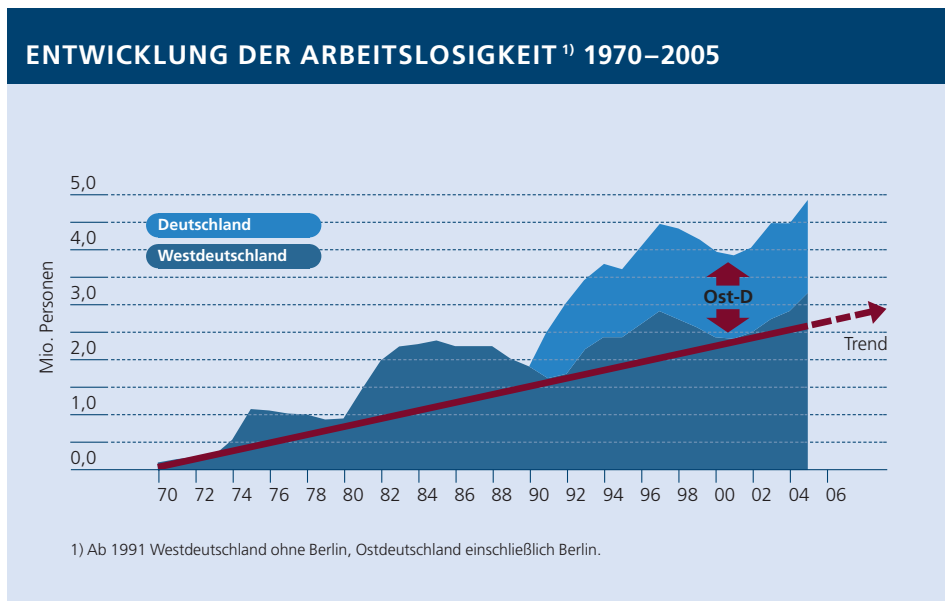
Ähnlich problematisch wie die Zuwanderung hat sich auch die deutsche Wiedervereinigung auf den deutschen Arbeitsmarkt ausgewirkt (siehe Grafik Seite 14). Warum handelt es sich hier um ähnliche Effekte? Um dies zu erklären, werfen wir zunächst einen Blick auf das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union. Von 1995 bis 2005

wuchs es im Schnitt um 24 Prozent. Spitzenreiter ist Irland mit 100 Prozent, gefolgt von Spanien mit 40 und Großbritannien mit 33 Prozent. Danach folgen Frankreich, Österreich, Dänemark und Italien. Schlusslichter sind Westdeutschland mit 14 und Ostdeutschland sogar mit nur sieben Prozent. Und es zeichnet sich auch keine Konvergenz der Landesteile ab. Von „blühenden Landschaften“ kann keine Rede sein.

2003 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Person im erwerbsfähigen Alter in Ostdeutschland lediglich 59 Prozent des BIP pro Person im Westen. Aber: Das verfügbare Einkommen pro Kopf in den neuen Ländern liegt nominal inzwischen bei 82 Prozent. Berücksichtigt man die niedrigeren Preise in Ostdeutschland, liegt der Lebensstandard bei etwa 90 Prozent des Westniveaus, für Rentenbezieher sogar real bei 122 Prozent.

Wie kann es sein, dass die Wirtschaftsleistung erst bei 59 Prozent des Westniveaus angekommen ist, aber die Einkommen so viel höher liegen, zum Teil sogar schon das Westniveau überschritten haben? Das liegt an den Transfers, die vom Westen gezahlt werden, an jenen 85 Milliarden Euro, die pro

Jahr in den Osten fließen. Sie setzen sich wie folgt zusammen: etwa ein Fünftel fließt in Form von Subventionen und Investitionen in Infrastrukturen, ein Viertel in Form des Solidarpakts und der Löwenanteil, das heißt rund 46 Prozent, fließt als Lohnersatzleistungen. Rund 40 der 85 Milliarden Euro



erhalten die neuen Bundesländer unter der Bedingung, dass die Bürger nicht arbeiten! Auch hier schafft der Lohnersatz einen Mindestlohnanspruch, zu dem es nicht genug Jobs gibt.

### **Westdeutsches Lohnersatzsystem funktioniert nicht im Osten**

Der große Fehler der deutschen Wiedervereinigung war die Sozialunion. Eines der großzügigsten Lohnersatzsysteme der Welt wurde in einem wirtschaftlich brachliegenden Land eingeführt. Dies konnte nicht funktionieren. Die Lohnersatzleistungen für Arbeitslose lagen quasi über Nacht um eine Zehnerpotenz über den in der DDR gezahlten Löhnen, die damals der Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft entsprachen.

Die Sozialunion war ein aberwitziger Versuch, die Gesetze der Ökonomie zu brechen. Heute stehen wir vor einem Scherbenhaufen und sind unfähig, die finanziellen Lasten der deutschen Vereinigung zu beherrschen. Insgesamt tausend Milliarden Euro Transferleistungen sind einer der Gründe, warum wir die Maastrichter Stabilitätskriterien Jahr um Jahr verletzen.

Wir müssen den Sozialstaat neu erfinden. Es geht nicht darum, ihn abzuschaffen. Wir brauchen ihn zur Befriedung der Gesellschaft und als Sicherungsinstrument für unsere Kinder.



## Den Sozialstaat neu definieren

Wir erkennen nun die Grenzen unseres Sozialstaates. Deutschland wird den seit nunmehr 35 Jahren anhaltenden Trend der stetig wachsenden Arbeitslosigkeit keine weiteren 35 Jahre durchhalten. Wie kommen wir heraus aus diesem Dilemma?

Ich glaube, wir müssen den Sozialstaat neu erfinden. Es geht nicht darum, ihn abzuschaffen. Wir brauchen ihn zur Befriedung der Gesellschaft und als Sicherungsinstrument für unsere Kinder. Aber wir müssen ihn so konstruieren, dass er nicht mehr in Konkurrenz steht zum privaten Arbeitsmarkt.

### **Eiger-Nordwand im unteren Einkommensbereich überwinden**

Um die Absurdität des bisherigen Systems zu verstehen, lohnt ein Blick auf eine Grafik (siehe Seite 18), die das Brutto- bzw. Nettoeinkommen eines vierköpfigen Haushalts beleuchtet: Ist das Einkommen der Familie

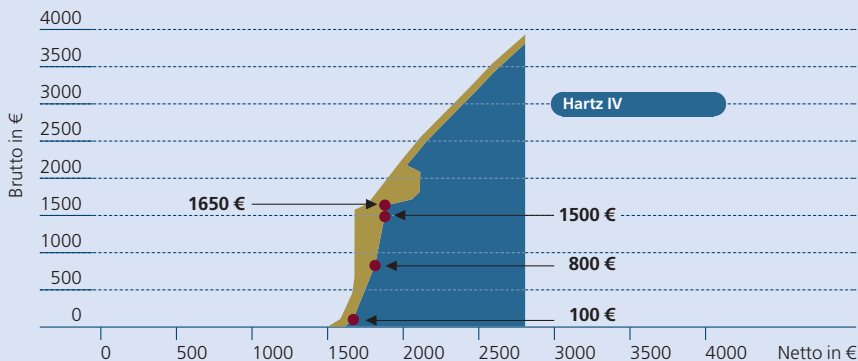
gering, muss sie eine Art Eiger-Nordwand überwinden, sprich sehr viel mehr brutto verdienen, um nur wenig mehr netto in der Tasche zu haben. Ein Beispiel: Arbeitet keiner aus dieser Familie, dann liegt das Bruttoeinkommen bei Null und der Nettoverdienst bei 1.650 Euro Arbeitslosengeld. Verdient ein Familienmitglied zusätzlich brutto 1.000 Euro, liegt das Nettoeinkommen mit großen Anstrengungen nur marginal höher, weil es den Hinzuerdienst zum großen Teil gleich wieder beim Staat abliefern muss.



Auch Hartz IV hat diese Situation kaum verändert. Wer heute als Hartz-IV-Empfänger mehr als 100 Euro selbst verdient, muss von jedem zusätzlichen Euro 80 Cent an den Staat abgeben, ab einem Zusatzeinkommen von 900 Euro sogar 90 Cent. Die Eiger-Nordwand ist also nach wie vor kaum zu

überwinden: Wenn ein gering qualifizierter Arbeitsloser fünf Euro netto zusätzlich verdienen will, muss er brutto das Fünffache bekommen. Er müsste einen Arbeitgeber finden, der ihm 25 Euro brutto zahlt. Für diesen astronomischen Lohnanspruch gibt es für gering Qualifizierte keine Jobs.

## DIE EIGER-NORDWAND: VERHEERENDE WIRKUNG DES LOHNERSETZSYSTEMS



Arbeitseinkommen pro Monat, Sozialhilfe, Kindergeld, Lohnsteuern, AN-Beiträge zur SV; Familie mit 2 Kindern

## Die drei Kernelemente der Aktivierenden Sozialhilfe

Warum wird staatliches Geld nur gezahlt, wenn man nicht arbeitet? Wie könnte eine Reform aussehen? Unsere Lösung ist eine spezielle Ausprägung des bereits seit geraumer Zeit diskutierten Kombilohnes: die Aktivierende Sozialhilfe. Jeder Erwerbsfähige muss arbeiten, und zwar zu einem Lohn, der seiner persönlichen Produktivität entspricht. Reicht dieser Lohn nicht aus, um das soziale Existenzminimum zu sichern, stockt der Staat die geringen Löhne zu akzeptablen Haushaltseinkommen auf. Auch im Koalitionspapier ist die Entwicklung eines Kombilohn-Modells ausdrücklich als Ziel festgehalten.

### **Programm zur Überwindung der Armut**

Das vom ifo Institut entwickelte Modell der „Aktivierenden Sozialhilfe“ besteht im Wesentlichen aus drei Elementen: Die Hinzuverdienstmöglichkeiten werden bei den Sozialleistungen deutlich verbessert und das selbst verdiente Einkommen im Eingangsbereich wird bezuschusst. Zweitens sinkt das bisherige Arbeitslosengeld II für jene, die nicht arbeiten, und drittens gibt es ein Beschäftigungsangebot für alle, die nicht in der privaten Wirtschaft unterkommen. Dies erfolgt in kommunaler Regie über Zeitarbeitsfirmen, um den Arbeitslosen ein Einkommen in Höhe des heutigen Arbeitslosengeldes II zu sichern.

## **Anreize für mehr Hinzuverdienst schaffen**

Zur Erläuterung der drei Punkte: Die Hinzuverdienstmöglichkeiten müssten nach Vorstellung des ifo Instituts von zurzeit 100 auf 500 Euro vergrößert werden, ausgehend vom Arbeitslosengeld II. Um im Beispiel von oben zu bleiben: Für fünf Euro pro Stunde, die ich dann brutto für netto hinzuverdienen kann, gibt es Jobs in Hülle und Fülle, sowohl in der Industrie als auch in privaten Haushalten. Auf diese Weise



werden neue Arbeitsplätze entstehen. Wir haben berechnet, dass über drei Millionen neue Jobs entstehen könnten. Erst bei einem Hinzuverdienst von über 500 Euro steigen die Transferentzugsraten wieder allmählich an und landen schließlich bei 70 Prozent – statt der bisher bei Hartz IV üblichen 80 bzw. 90 Prozent. Somit wird die Eiger-Nordwand ein Stück weit abgetragen. Wir schaffen ein Programm zur Überwindung der Armut in der Gesellschaft.

Um die Betroffenen bei ihren ersten Schritten zurück in den Arbeitsmarkt zusätzlich zu motivieren, schlägt das ifo Institut vor, die ersten 200 Euro noch mit weiteren 20 Prozent zu bezuschussen. Um dies zu finanzieren, muss der Staat an anderer Stelle kürzen, etwa im Sockelbetrag des Arbeitslosengeldes II: Eine vierköpfige Familie, die heute 1.650 Euro pro Monat erhält, bekäme dann 1.150 Euro. Dies ist eine deutliche Absenkung, damit der Verbleib in dieser Stufe unattraktiv ist.

Wir schaffen ein Programm  
zur Überwindung der Armut in  
der Gesellschaft.



## **Kommunen verleihen Arbeitskräfte**

Wer keine Arbeit in der Privatwirtschaft findet, arbeitet für die Kommune und erhält weiterhin Arbeitslosengeld II in heutiger Höhe. Um das Problem der heutigen Ein-Euro-Jobs zu vermeiden, die in Konkurrenz zur Privatwirtschaft stehen, wollen wir diese Jobs als Leiharbeitsverhältnisse gestalten. Das heißt, die Kommunen erhalten das Recht, die ihnen anvertrauten Arbeitskräfte an die private Wirtschaft über Zeitarbeitsfirmen weiter zu verleihen. Das mit den Zeitarbeitsfirmen verhandelte Honorar füllt die Kassen der Kommunen. Durch diese Politik wird das Volkseinkommen nicht nur anders verteilt, sondern tatsächlich größer. Das Sozialprodukt steigt, weil nun fast jeder Erwerbsfähige etwas zum Volkseinkommen beiträgt. Letztlich werden die meisten in irgendeine Form von Beschäftigung gebracht. Positiver Nebeneffekt:

Potentielle Schwarzarbeiter haben gar keine Zeit mehr dafür, weil sie nun acht Stunden pro Tag bei der Gemeinde arbeiten. Auf der anderen Seite können jetzt Handwerker die zusätzlich durch den Ausfall der Schwarzarbeiter auf sie zukommende Nachfrage befriedigen, indem sie genau diese Arbeitskräfte bei der Gemeinde entleihen. Es entsteht also letztlich ein Programm zur Integration der ehemaligen Schwarzarbeiter in das lokale Handwerk.

## **Zweiten Arbeitsmarkt für Frührentner aufbauen**

Neben den gering Qualifizierten sind in Deutschland insbesondere ältere Menschen von hoher Arbeitslosigkeit betroffen. Viele Firmen komplimentieren Ältere mit Hilfe von Zuschüssen aus dem Arbeitsprozess heraus und belasten dadurch die Rentenkassen erheblich. Denn die versicherungsmathema-

tischen Abschläge bei der Frührente sind viel zu gering.

Eine der Ursachen für das Herausdrängen der Älteren sind die bestehenden Tarifstrukturen: Ältere Arbeitnehmer haben aufgrund ihres langen Berufslebens meist auch die höchsten Einkommen. Diese entsprechen jedoch oftmals nicht ihrer Produktivität. Die maximale Leistungsfähigkeit liegt nicht bei 65 Jahren, sondern früher, sodass es für Unternehmen rentabel wird, ältere Arbeitnehmer abzustößen. Diese Entwicklung ist falsch. Ein 60-Jähriger – ich kann dies sagen, weil ich mit meinen 58 Jahren auch nicht mehr weit davon entfernt bin – ist vielleicht nicht mehr so belastbar wie ein 40-Jähriger. Aber er ist dennoch sehr leistungsfähig und hat andere Qualitäten, zum Beispiel einen großen Wissensschatz.

Die Lösung: versicherungsmathematisch korrekte Abschläge für Frührentner und als Ausgleich freien Hinzuverdienst. Daraus könnte sich ein zweiter Arbeitsmarkt für Ältere entwickeln mit neu definierten Jobs, in denen vorrangig die Erfahrungen und speziellen Fähigkeiten der Älteren eine Rolle spielen.

Dass wir die politischen Weichen beim Thema Frührente richtig stellen, ist gerade auch mit Blick auf die demographische Entwicklung Deutschlands dringend erforderlich. Wir müssen handeln, um die Älteren wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir können es uns nicht leisten, auf sie zu verzichten, denn es gibt immer weniger junge Menschen: Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft so schnell wie in keinem anderen OECD-Land. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als die Älteren in die Pflicht zu nehmen.

Das ifo Institut prognostiziert über drei Millionen neue Stellen, ein verbessertes Einkommen der Ärmsten in Deutschland und einen flexiblen Arbeitsmarkt, auf dem die Löhne tatsächlich fallen können.



## Aktivierende Sozialhilfe schafft drei Millionen neue Stellen

Ich glaube, am ifo-Modell der Aktivierenden Sozialhilfe, das dem amerikanischen Earned Income Tax Credit ähnlich ist, geht auch in Deutschland kein Weg vorbei. Wir sollten nicht das amerikanische Einkommensniveau kopieren, denn hierzulande haben wir andere Vorstellungen vom Existenzminimum. Wir können jedoch sehr wohl die Anreizstrukturen übernehmen.

Das ifo Institut prognostiziert über drei Millionen neue Stellen, ein verbessertes Einkommen der Ärmsten in Deutschland und einen flexiblen Arbeitsmarkt, auf dem die Löhne tatsächlich fallen können. Dadurch hört der Verdrängungsprozess auf und die Wirtschaft wächst. Nur wenn wir mehr Beschäftigung realisieren, kann die deutsche Wirtschaft wachsen. Irgendwann hat man uns den Floh ins Ohr gesetzt, Wachstum sei die Voraussetzung für Beschäftigung. Umgekehrt ist es richtig! Wir brauchen einen neuen Sozialstaat, der das Mitmachen bezahlt und nicht das Nichtstun. Wir brau-

chen dauerhafte Lohnzuschüsse statt Mindestlöhne. Auch bei der Aktivierenden Sozialhilfe wird es einen Drehtüreffekt geben: Wenn sich neue Arbeitskräfte billiger anbieten als bereits Beschäftigte, wird Druck auf die Löhne der Insider ausgeübt – oder die Insider werden gleich durch billigere Outsider ersetzt. Dieser Effekt wird sich zwangsläufig einstellen, weil es auf dem Arbeitsmarkt für eine Kategorie von Arbeit auf die Dauer auch nur einen Lohn geben



kann. Doch die Aktivierende Sozialhilfe ist in der Lage, dies zu kompensieren – das ist die Stärke des Systems.

In diesem neuen System werden sehr viele Menschen Lohnzuschüsse erhalten. Aber dies ist besser, als sehr viele Menschen zu 100 Prozent zu alimentieren, während sie nicht arbeiten. Ein Kombilohn-Modell, das am unteren Rande der Einkommensskala ansetzt, ist auch finanziell für den Staat tragbar. Das vom ifo Institut vorgeschlagene System bringt nach unseren Berechnungen gegenüber Hartz IV sogar ein Plus von fünf Milliarden Euro. Wir alle brauchen eine funktionierende Wirtschaft. Dazu müssen wir, nicht zuletzt aufgrund der Erfordernisse der Globalisierung, unseren Sozialstaat schnellstmöglich umbauen!

# Impressum

**Herausgeber:**

R+V Versicherung, Konzern-Kommunikation,  
Tanusstraße 1, 65193 Wiesbaden

**Verantwortlich:** Rita Jakli**Redaktion:** Inge Neudahm**Layout:** Heisters & Partner,  
Büro für Kommunikationsdesign, Mainz**Fotografie:** Martin Magunia, Bonn**Druck:** Raiffeisendruckerei, Neuwied

1. Auflage, Juli 2006

Die Fotos dieser Broschüre zeigen Menschen, die im  
Niedriglohnbereich arbeiten: in Großküchen, Gast-  
stätten, in der Fabrik, bei der Ernte und auf dem Bau.



[www.ruv.de](http://www.ruv.de)